



Heinz Bayer, Landgrafenstraße 6, 63452 Hanau

An die

Redaktion

(Bruchköbler Kurier, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Hanau Online, Hanau Online, Hanau Post, Hanauer Anzeiger, Hanauer Bote, Main-Echo, Maintal Tagesanzeiger, Online-Magazin-Vorsprung)

Kreisvorsitzender

Tel. priv.: 06181-81302
Bayer-Hanau@t-online.de

Hanau, den 08.05.2013

Pressemitteilung

Aufmarsch der Neonazis in Hanau – ein fatales Signal

Wenige Tage vor dem Beginn des NSU-Prozesses in München dürfen 180 vermutlich gewaltbereite Neonazis in der Hanauer Innenstadt ungehindert Hassparolen verbreiten. Der Kreisverband Hanau der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht darin ein fatales Signal!

Nur fünf Tage vor Beginn des Prozesses wegen der Ermordung von 10 vorwiegend muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) verbreiteten Udo Pastörs, Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretender Bundesvorsitzender der rechtsextremen NPD, und Daniel Knebel, Vorsitzender der NPD Hessen, im Herzen Hanaus ihre Parolen: Am „Tag der „deutschen“ Arbeit“ forderten sie „deutsche Arbeit in Deutschland für deutsche Menschen“ und wendeten sich gegen einen angeblichen „multikulti Wirtschaftsstandort“ Deutschland, damit die „gesunde Fortpflanzung des deutschen Blutes“ wieder möglich werde. Sie riefen auf dem Marktplatz in Hanau dazu auf, das politische System zum Zusammenbruch zu bringen, damit es in ihrem Sinn neu errichtet werden könne. Sie drohten: „Geschwätzt worden ist lang genug, Taten müssen folgen.“

Die Polizeiführung musste damit rechnen, dass die 180 Neonazis im Hanauer Hauptbahnhof ihren Zug verlassen würden. Die Annahme, sie würden wegen der Gleisblockaden in Frankfurt stundenlang im Zug sitzen bleiben und warten, war weltfremd.

Wer zulässt, dass Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet unbehelligt durch Hanau ziehen können, gefährdet die Hanauer Bevölkerung, insbesondere unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Erst als sich Bürgerinnen und Bürger den Nazis in den Weg stellten, die Udo Pastörs als „Orientalische Horden“ beschimpfte, griff die Polizei mit starken Kräften ein.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schätzt in Hanau das tolerante und wertschätzende Klima zwischen den Bevölkerungsgruppen der verschiedenen Glaubensrichtungen aus den zahlreichen Herkunftsländern – auch zwischen ihren Kindern an den Hanauer Schulen. Die GEW erkennt ausdrücklich an, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands haben. Menschenverachtende Parolen dürfen in Hanau keinen Platz haben. Gegen sie muss konsequent eingeschritten werden.

„Wenn Neonazis in Hanau Zwietracht zwischen den Bevölkerungsgruppen säen und dabei sogar zum Sturz des demokratischen Systems aufrufen, ist der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. So etwas darf in Hessen nicht ungehindert geschehen! Innenminister Boris Rhein wird handeln aber auch noch viel erklären müssen, wenn er den Verdacht ausräumen will, einzelne Verantwortliche seien auf dem rechten Auge blind“, stellt Heinz Bayer, Mitglied des Vorstandsteams der GEW Hanau, abschließend fest.

Mit der Bitte um Veröffentlichung und mit freundlichen Grüßen

Heinz Bayer